



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Faire Bildungschancen für alle Kinder: Gebührenfreie Kitas jetzt!

Der Landtag wolle beschließen:

Um allen Kindern in Bayern den Zugang zu Bildung von Anfang an zu ermöglichen und Familien direkt in ihrem Alltag zu entlasten, wird die Staatsregierung aufgefordert, die Elterngebühren für den Besuch von Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege schrittweise abzuschaffen. Die hierdurch entstehenden Kosten übernimmt der Freistaat.

Begründung:

Über die Bedeutung frühkindlicher Bildung für die persönliche Entwicklung, den sozialen Umgang und den weiteren Lebensweg von Kindern herrscht nicht nur in der Fachwelt seit längerem Einigkeit. So heißt es etwa bereits im 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (2005): „In der Kleinkindphase, spätestens ab dem dritten Lebensjahr, bedürfen Kinder neuer, den familialen Rahmen erweiternde und ergänzende Bildungsgelegenheiten.“ Der Zugang zu Bildung von Anfang an darf deshalb nicht an finanziellen Hürden bzw. am Geldbeutel der Eltern scheitern, sondern muss allen Kindern ermöglicht werden. Umso unverständlicher ist es, dass der Besuch einer Kindertageseinrichtung oder der Kindertagespflege in einem reichen Land wie Bayern – im Gegensatz bspw. zum Schulbesuch – nach wie vor gebührenpflichtig ist. Denn Gebühren sind Bildungsbarrieren. Auch der Sozialbericht der Staatsregierung belegt, dass die Elterngebühren für die meisten Eltern in Bayern (69,7 Prozent) ein großes Problem hinsichtlich der Kindertagesbetreuung darstellen. Immer mehr Bundesländer gehen daher den Weg, die Kitas vollständig oder zumindest weitgehend beitragsfrei zu stellen. Das vermeintliche Gegenargument, man müsse sich zwischen Kostenfreiheit und Qualitätsausbau entscheiden, erscheint in diesem Zusammenhang keineswegs überzeugend. Denn beides ist gleichermaßen wichtig, um allen Kindern bestmögliche Chancen zu geben und Familien zu entlasten. Im Übrigen lehnte die CSU-Mehrheitsfraktion im Rahmen der Beratungen zum Zweiten Nachtragshaushalt 2018 nicht nur die SPD-Änderungsanträge zur Kostenfreiheit, sondern auch zum Qualitätsausbau ab, so dass derzeit in keinem der beiden Bereiche (dringend notwendige) Verbesserungen zu erwarten sind.